

GASTBEITRAG

Energiepreise: Existenzfrage für Radiologen

Obwohl die hohen Preise für Strom und Gas aktuell überall Gesprächsstoff sind, ist vielen Menschen – insbesondere auch den politischen Akteuren – gar nicht bewusst, welche verheerenden Folgen die steigenden Stromkosten für die Gesundheitsversorgung in Deutschland haben werden. Die Radiologie ist beispielsweise eine der energieaufwendigsten medizinischen Fachrichtungen und steht angesichts der explodierenden Preise vor unüberwindbaren Herausforderungen und im schlimmsten Fall sogar Praxisschließungen.

Warum die enorme Steigerung der Energiekosten radiologische Praxen besonders schwer trifft, lässt sich mit dem hohen Stromverbrauch von MRT, CT und anderen bildgebenden Verfahren erklären: Abhängig vom untersuchten Körperteil benötigt ein 3-Tesla-MRT beispielsweise zwischen 20 und 30 kWh pro Patient – zum Vergleich: Eine Waschmaschine könnte mit derselben Energiezufuhr etwa 40-mal Wäsche waschen.

Doch der Energieverbrauch endet nach dem Einsatz nicht. Auch im Ruhezustand darf die Stromzufuhr niemals abgestellt werden, denn im Gerät befindet sich flüssiges Helium, das permanent energieaufwendig gekühlt werden muss. Fällt die Kühlung aus, wechselt das Helium in den gasförmigen Zustand und beschädigt das Gerät im schlimmsten Fall irreparabel. Aus diesem Grund läuft der Stromzähler in radiologischen Praxen rund um die Uhr.

Steigerung der Energieausgaben um 1500 Prozent

Ein einziges 3-Tesla-MRT verbraucht auf diese Weise insgesamt etwa 80.000 kWh pro Jahr – ein durchschnittlicher Zwei-Personen-Haushalt könnte mit dieser Menge mehr als 30 Jahre auskommen. Da die meisten Praxen mehrere MRT sowie andere radiologische Geräte betreiben, verbrauchen sie ein Vielfaches dieser Summe. Aufgrund der hohen Strompreise berichten inzwischen einige Ärzte, dass sich ihre Energieausgaben innerhalb der letzten fünf Jahre um mehr als 1500 Prozent gesteigert haben – beispielsweise von ehemals 33.300 Euro pro Jahr (Stand 2018) auf 540.000 Euro im kommenden Jahr.

Pro MRT-Untersuchung zahlen die gesetzlichen Krankenkassen zwischen 70 und 120 Euro – wenn durch die explodierenden Energiepreise auf einmal 20 Prozent al-

Die massiv steigenden Stromkosten können verheerende Folgen für die Gesundheitsversorgung haben. Doch Radiologie-Praxen fallen bei den Hilfspaketen bisher durchs Raster.

Von **Stephan Schmitz**



Professor Stephan Schmitz,
Facharzt für Radiologie und Mitglied
im Vorstand der Radiologie Initiative
Bayern © PRIVAT

leine auf die Stromkosten entfallen, lohnt sich diese Leistung für die meisten Praxen nicht mehr, sie machen stattdessen mit jeder Untersuchung ein Minusgeschäft.

Mehr Patienten anzunehmen und den wirtschaftlichen Verlust auf diese Weise auszugleichen, stellt jedoch keine Option dar. Aktuell werden pro Gerät schon zwischen 20 und 30 Menschen am Tag untersucht, die Kapazitätsgrenzen sind damit ausgereizt. Da die Praxen aktuell keine Berücksichtigung in Hilfspaketen der Politik finden, wird vielen Ärzten eventuell keine andere Wahl bleiben, als ihre Geräte abzuschalten und ihre Praxen zu schließen.

Vorstoß von Länderregierungen greift zu kurz

MRT-Untersuchungen könnten dadurch nicht mehr flächendeckend angeboten werden, die Wartezeiten auf Termine würden sich noch mehr verlängern und die Diagnose schwerwiegender Krankheiten würde für viele Patienten um mehrere Monate hinausgezögert. Damit Praxen auch in Krisenzeiten in der Lage sind, die Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, ist die Politik gefragt.

Der Vorstoß der Landesregierungen von Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein für einen Inflationsausgleich ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung, greift aber in Summe zu kurz, denn der ambulante Bereich wurde schlichtweg vergessen. Und auch von den Krankenkassen, insbesondere auf GKV-Spitzenverbandsebene, gibt es noch kein Angebot, wie sichergestellt werden soll, dass Praxen sich die Energiekosten künftig leisten können, insbesondere da die minimale Anpassung des Orientierungswerts die Kostenentwicklung nicht sachgerecht abbildet. Neben einem Schutzschirm vom Bund, der auch freie Berufe einschließt, sind nachhaltige Strukturreformen unumgänglich. Dazu gehört auch die Neubewertung der Sachkostenpauschale.

Die Radiologie Initiative Bayern ist ein Zusammenschluss von inhabergeführten radiologischen Praxen in ganz Bayern. Sie sieht sich als Stimme niedergelassener Nuklearmediziner und Radiologen und setzt sich gegen Praxissterben und für eine bessere Versorgungsqualität ein. Der Initiative gehören mehr als 340 Ärzte an 115 Standorten an.